

Geimpft zum nächsten Tatort

RHEIN-MAIN Kriminalpolizei wird im Konzept des Ministeriums nun schneller berücksichtigt

Nach Kritik der Polizeigewerkschaften, wonach es innerhalb der Polizei keine einheitliche Impfstrategie gebe, hat das Innenministerium das Konzept bei der Immunisierung der mehr als 15 000 hessischen Beamten angepasst. Damit hat Innenminister Peter Beuth (CDU) innerhalb weniger Tage das Impfen der unterschiedlichen Dienststellen massiv beschleunigt. Wie ein Sprecher auf Anfrage mitteilte, werden nun auch jene Beamte in die höhere Priorisierungsgruppe aufgenommen, die zuvor noch nicht berücksichtigt wurden.

Das hatte vor allem Beamte der Kriminalpolizei betroffen. In einem Schreiben an Innenminister Peter Beuth (CDU) übte der Landesvorsitzende des Bundes Deutscher Kriminalbeamter, Dirk Peglow, deswegen scharfe Kritik und sprach von einer "Zweiteilung der Beschäftigten". In einem offenen Brief forderte er, dass künftig auch jene Beamte berücksichtigt würden, die mit Todesermittlungen betraut seien, oft "im häuslichen Umfeld" und "zum Teil im Beisein der Hinterbliebenen". Ebenso auch Beamte, die bei Wohnungsdurchsuchungen eingesetzt würden und an Vernehmungen teilnahmen; dies geschehe in geschlossenen Räumen oft über längere Zeit. Zudem sei die Kriminalpolizei durchaus auch bei größeren Demonstrationen involviert, wie etwa Versammlungen der "Querdenken"-Bewegung. Dass das Ministerium die Impfstrategie nun angepasst habe, nannte Peglow "begrüßenswert". Die Abkehr von der bisherigen Impfstrategie sei "dringend notwendig" gewesen, äußerte er. Somit gebe es keine Zweiteilung mehr und sei "den tatsächlichen Arbeitsbedingungen der Kolleginnen und Kollegen bei der Kriminalpolizei als auch in den Ermittlungsgruppen der Reviere angepasst. Auch die Gewerkschaft der Polizei (GdP) hatte zuvor schon eine einheitliche Impfstrategie gefordert. Der GdP-Landesvorsitzende Jens Mohrherr bemängelte eine "Zwei-Klassen-Gesellschaft", weil auch die Schutzpolizei in zwei Gruppen aufgeteilt worden sei. So habe die Gefahr bestanden, dass bei demselben Einsatz zwei Beamte "Seite an Seite stehen, von denen der eine schon geimpft war, der andere noch nicht".

Nach Angaben des Ministeriums sind rund 84 Prozent aller Polizeibeamten als impfwillig gemeldet. Fast 90 Prozent wurden bereits einmal geimpft, etwa ein Prozent hat die zweite Impfung erhalten. Die Impfungen erfolgten im jeweiligen Zentrum des Dienstorts. Dazu kommt laut Ministerium "eine weitere, nicht bekannte Anzahl an Impfungen von Beschäftigten, die etwa aufgrund von Vorerkrankungen oder bestehenden Betreuungsverhältnissen bereits privat im Impfzentrum an ihrem Wohnort geimpft wurden".

Die Anpassung der Impfstrategie sei vor allem vor dem Hintergrund "einer zunehmenden Zahl an Einsatzlagen unter anderem im Zusammenhang mit Demonstrationen von sogenannten Querdenkern und Corona-Leugnern vorgenommen worden, "die aufgrund der bewussten Missachtung der Hygiene- und Abstandregeln mit einem erhöhten Infektionsrisiko einhergehen".

isk.